



HESSENGERECHT.

Landesparteitag
der SPD Hessen

27. November 2010

Gießen

Beschlüsse

Inhaltsverzeichnis

HESSENGERECHT. Kommunalpolitische Plattform der hessischen SPD für die Wahl am 27. März 2011	- 4 -
Schuldenbremse darf keine Hessenbremse werden.	- 17 -
FDP und CDU müssen sich für unverschämten Angriff auf DGB entschuldigen	- 19 -
Warnhinweis: Rösler-Gesundheitsabbaureform gefährdet Ihre Gesundheit	- 20 -
Weitere Anträge zum Landesparteitag	- 22 -

Impressum

SPD-Landesverband Hessen

Michael Roth MdB, Generalsekretär

Rheinstr. 22

65185 Wiesbaden

Telefon / Fax 0611-999 77-0 / -11

www.spd-hessen.de

Antrag A1
Antragsteller: Landesvorstand

HESENGERECHT.

Kommunalpolitische Plattform der hessischen SPD für die Wahl am 27. März 2011

Die hessische SPD hat am 31. Mai in Stadtallendorf mit HESENGERECHT. POLITIK FÜR LEBENSWERTE STÄDTE UND GEMEINDEN umfangreiche Leitlinien für sozialdemokratisches Handeln auf kommunaler Ebene beschlossen. Ausgehend von dieser breiten inhaltlichen Grundlage nimmt der Landesparteitag am 27. November 2010 mit der vorliegenden Kommunalplattform zu zentralen Handlungsfeldern sozialdemokratischer Kommunalpolitik Stellung.

I. Zehn Ziele für die kommenden fünf Jahre

Die hessische Sozialdemokratie streitet unter dem Leitbild HESENGERECHT. für lebenswerte Kommunen, die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der lokalen Demokratie, eine nachhaltige Wirtschaft und eine solidarische Bürgergesellschaft.

1. Wir treten in unseren Kommunen der wachsenden Spaltung unserer Gesellschaft entschieden entgegen. Wir werden die Gegensätze überwinden zwischen Wohlhabenden und Geringverdienern, zwischen existenzsichernd und prekär Beschäftigten, zwischen Inländern und Migranten, zwischen Jungen und Alten, zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zwischen den gesellschaftlich Aktiven und denen, die nicht mehr teilhaben wollen bzw. können.

2. Wir kämpfen für Bildungseinrichtungen, in denen alle Kinder gute Startchancen für ihr Leben erhalten, unabhängig von Herkunft oder Bildung ihrer Eltern. Dazu gehören für uns mehr frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten mit qualifiziertem Personal, inklusiv arbeitende Schulen, echte Ganztagschulen im Sinne unseres Konzepts „Haus der Bildung“, die alle Schülerinnen und Schüler individuell fördern und fordern, die Kultur, Sport und das Ehrenamt in die Schulen einbeziehen; ein kostenloser und gesunder Mittagstisch für alle und der Einsatz für kostenlose Schülerbeförderung bis zum Abitur.

3. Wir sorgen für Kommunen, in denen die Familiengründung für Eltern kein Armutsrisiko ist und in denen Beruf und Familie vereinbar sind. Deshalb setzen wir uns für den schnellstmöglichen bedarfsdeckenden Ausbau von Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten ein.

4. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Unser Ziel ist das Angebot kostenfreier Bildung für alle jungen Menschen – von der Kita bis zum Master-Abschluss.

5. Ältere Berufstätige brauchen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Alle Beschäftigten müssen sich beständig weiter qualifizieren können. Deshalb vernetzen wir die verschiedenen

staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen zu Zentren des lebensbegleitenden Lernens und schaffen eine flächendeckende Beratungsinfrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger.

6. Hessen ist ein Einwanderungsland in der Mitte Deutschlands und Europas. Rund 1,4 Millionen Hessen mit Migrationshintergrund sind überwiegend gut integriert und bereichern unser Land. Bestehende Schwierigkeiten gehen wir beherzt an, statt Ressentiments zu schüren. Dazu gehören für uns eine bessere Förderung in Kitas und Schulen, der Ausbau von Integrationszentren in den Stadtteilen mit mehr aufsuchender Beratung, ausreichend Ausbildungsplätze, der Einsatz gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, mehr Migranten im öffentlichen Dienst und die Unterstützung bei der Überwindung überkommener patriarchaler Strukturen in manchen Migrantenfamilien. Wir wollen den Islam als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft in die Mitte der Gesellschaft holen, erwarten aber auch eine uneingeschränkte Akzeptanz unserer Grund- und Freiheitsrechte, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

7. Für uns ist die Energiewende ganz besonders eine Chance für regionale Wertschöpfung und sichere Arbeitsplätze in einer der zentralen Zukunftsbranchen. Unsere Kommunen sind als Motoren und Partner der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende. Wir beziehen Bürger und Unternehmen vor Ort aktiv ein. Wir fördern den Ausbau der Elektromobilität. Wir rekommunalisieren, wo sinnvoll und möglich, die Stromnetze und nutzen die zahlreichen innovativen Möglichkeiten für eine dezentrale regenerative Energieerzeugung und mehr Energieeffizienz.

8. Wir arbeiten für eine hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge. Dazu gehören für uns starke Stadtwerke und Wohnungsgesellschaften als Partner für eine neue Energiepolitik und bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsräumen. Voraussetzung für lebenswerte Kommunen sind handlungsfähige Kreise, Städte und Gemeinden mit einer angemessenen Finanzausstattung.

9. Wir gestalten den demografischen Wandel aktiv und sorgen auch im ländlichen Raum für eine zukunftsweisende soziale und kulturelle Infrastruktur und eine bedarfsgerechte Mobilität für Jung und Alt. Dafür werden wir die Mittel für die Dorferneuerung aufstocken.

10. Wir stehen ein für eine solidarische Bürgergesellschaft, die Allen eine demokratische Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört für uns ein mehr an direkter Demokratie und die Erprobung neuer Beteiligungsformen für engagierte Vereine, Initiativen und Bürger, z. B. des Bürgerhaushalts. In unseren erfolgreichen „Soziale Stadt“-Projekten hat sich das Quartiersmanagement besonders bewährt. Dies wollen wir in Zusammenarbeit mit Aktiven vor Ort ausweiten.

II.

Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik. Unter dem Leitbild HESSENGERECHT. arbeiten sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Hessen tagtäglich für Kreise, Städte und Gemeinden, in denen alle Bürgerinnen und Bürger

- ihre Persönlichkeit in freier Selbstbestimmung entfalten können,
- unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, Behinderung oder Einkommen am sozialen und kulturellen Leben teilhaben,

- gleichberechtigt und deshalb friedlich und solidarisch zusammen leben,
- attraktive Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, ein vielfältiges kulturelles Leben, eine intakte Umwelt und ein lebenswertes Umfeld vorfinden,
- aktiv das Gemeinwesen mitgestalten.

HESSENGERECHT. beschreibt das Leitbild einer solidarischen und demokratischen Kommune. Aus ihm leiten sich für uns die zentralen Handlungsfelder sozialdemokratischer Kommunalpolitik für die nächsten Jahre ab: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen uns verpflichtet

- einer besseren und gerechteren Bildung,
- einem stärkeren und solidarischen gesellschaftlichen Zusammenhalt,
- einer nachhaltigeren Energieversorgung durch eine konsequente Wende zu den Erneuerbaren Energien und
- der Wiedererlangung der finanziellen Handlungsfähigkeit unserer hessischen Kommunen, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft unabdingbar sind.

III. Die Zukunft ist nur mit starken Kommunen zu meistern

Unsere Gesellschaft hat in den kommenden Jahren umfassende Veränderungen zu meistern. Der demografische Wandel, die Energiewende, die Modernisierung unserer Bildung, der sich abzeichnende Fachkräftemangel und die Integration von hier lebenden Migranten der zweiten und dritten Generation sind zentrale Herausforderungen. Ihre Bewältigung erfordert eine aktive, vorausschauende, entscheidungsfreudige, entschiedene und dialogorientierte politische Führung auf allen Ebenen.

Den Kommunen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Hier, in der Gestaltung vor Ort, entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Hier muss in bessere Bildung und mehr Inklusion/Integration investiert, Beruf und Familie durch Betreuungs- und Bildungseinrichtungen vereinbart, ältere Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt unterstützt und der Strukturwandel zu neuen Technologien und einer neuen Energieversorgung aktiv begleitet werden.

Die SPD in Hessen steht für leistungsfähige Kreise, Städte und Gemeinden. Wir wollen gut aufgestellte Kommunen, die Langzeitarbeitslose erfolgreich betreuen und in Arbeit bringen, lokale Anlaufstellen für Fort- und Weiterbildung schaffen und das lebensbegleitende Lernen vor Ort ermöglichen, die Integrationsarbeit leisten, moderne Schulen bauen und Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen unterstützen.

Wir wollen Städte und Gemeinden, die vor Ort dazu beitragen, Familie und Beruf zu vereinbaren und die frühkindliche Bildung zu stärken, die attraktive Angebote für die neue Generation aktiver Senioren genauso anbieten wie eine umfassende und präventive Jugendarbeit und die hochwertige Sport-, Kultur- und Freizeitangebote für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Wir wollen die Mobilität aller Menschen sicherstellen. Wir wollen Kommunen, die die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in verschiedene Lebenswelten zwischen arm und reich, jung und alt, behindert und nicht behindert, In- und Ausländer überwinden.

Für die Sozialdemokratie in Hessen ist deshalb die Stärkung der kommunalen Ebene, ihrer finanziellen und politischen Handlungsfähigkeit und der Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten ihrer Bürgerinnen und Bürger ein zentrales Ziel. Der Raubbau an der Handlungsfähigkeit der Kommunen, der von CDU und FDP seit Jahren sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene betrieben wird – zuletzt durch die Klientelgeschenke der Berliner Koalition und durch den Griff der Landesregierung in den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von rund 360 Millionen Euro – ist gefährlich für unser Land. Die anstehende Sanierung der öffentlichen Haushalte und die Rückführung der Neuverschuldung darf deshalb nicht auf Kosten unserer ohnehin finanziell unzureichend ausgestatteten Kommunen erfolgen.

IV. Unsere Ziele: Lebenswerte Kommunen mit gelebter Solidarität

Sozialdemokratische Kommunalpolitik steht für eine gemeinsame Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger - im Gegensatz zu „Kirchturmdenken“, regionalpolitischem Stillstand und Klientelpolitik.

Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern gleichwertige Lebensbedingungen überall in Hessen ermöglichen - innerhalb der einzelnen Kommunen und in den verschiedenen Regionen, im urbanen und im ländlichen Raum. Dabei ist unbestritten, dass mit gleichwertigen Lebensbedingungen nicht gleiche Lebensbedingungen gemeint sind. Urbane wie ländliche Gebiete haben ihren eigenen Charakter, ihren eigenen Charme und ihre eigenen spezifische Vorzüge, die sie liebens- und lebenswert machen. Wir sind jedoch die einzige Partei, die die Menschen in den großen Städten und in den Dörfern auf dem Land, in den wohlhabenden Vierteln wie in den Ortsteilen mit Problemlagen gleichermaßen in den Blick nimmt. Wir verstehen uns als die Partei in Hessen, die die Interessen und Bedürfnisse aller Bevölkerungsteile, Regionen und Schichten zu einem zusammenführt. Wir stehen für lebenswerte Kommunen mit gelebter Solidarität. Dazu gehört gleichsam der Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen.

Unabdingbare Voraussetzung für Chancengleichheit ist und bleibt, dass alle öffentlichen Güter – von der Wasserversorgung über das Gesundheitssystem bis zu den weiterführenden Schulen – für jedermann zugänglich und erschwinglich bleiben und dass die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die vor allem von und in den Kommunen vorgehalten werden, weiter bestehen bleiben und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Wir stehen für eine Politik für Großstädte und Ballungsräume, die Herausforderungen entschieden angeht: Globalisierung, Wanderungsbewegungen, soziale Spaltung und Migration. Unser Ziel sind attraktive, lebendige und durchmischte Städte und Wohnquartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur und Sport mit kurzen Wegen und integrierten Verkehrskonzepten verknüpft sind. Unser Ziel sind Städte, die sich als gemeinsame Kommunen verstehen und einer räumlichen Segregation entgegenwirken. Wir wollen nicht, dass sich soziale Unterschiede räumlich umsetzen und so zu einer inneren Spaltung der Stadt führen.

Den öffentlichen Wohnungsbau und öffentliche Wohnungsunternehmen sehen wir als Partner für eine aktive Stadtteil- und Stadtentwicklungspolitik, für die Energiewende vor Ort und um aktiv für bezahlbare Mietniveaus zu sorgen. Den Ausverkauf der öffentlichen Wohnungsgesellschaften lehnen wir deshalb ab.

Das erfolgreiche Projekt "Soziale Stadt", bei dem mittels Quartiersmanagement die Bewohner in die Stadtteilentwicklung einbezogen werden, wollen wir auch auf andere Wohnquartiere übertragen, um so mehr Menschen für die Stadtentwicklung zu aktivieren. Schulen besonders in städtischen Lagen wollen wir zu Stadtteilzentren weiterentwickeln, in denen auch Vereine, Verbände und Stadtteilmanagement ihren Platz haben.

Um im internationalen Wettbewerb der Metropolregionen zu bestehen, muss die Zusammenarbeit der Kommunen im Ballungsraum Rhein-Main besser werden. Wir werden uns deshalb weiter für ein Ballungsraumgesetz einsetzen, das seinen Namen verdient und die Herausforderungen der Rhein-Main-Region beherzt angeht, statt die Kleinteiligkeit und den regionalen Stillstand zu zementieren.

Wir stehen für eine Politik für den ländlichen Raum, die den demografischen Wandel aktiv gestaltet, neue Impulse für die Dorfentwicklung setzt und insbesondere die Ortskerne auch bei zurückgehender Bevölkerungszahl attraktiv hält. Dazu gehört für uns der Erhalt einer wohnortnahen Infrastruktur und die gute ÖPNV-Anbindung von Dörfern an die benachbarten Zentren. Dorfgemeinschaftshäusern kommt, auch als Ersatz für den Wegfall von anderen Kommunikationsorten, auch zukünftig eine wichtige Bedeutung zu. Das Älterwerden der Bevölkerung wollen wir mit einem mehr an medizinischer und pflegerischer Infrastruktur im ländlichen Raum begleiten, um alten Menschen ein würdevolles Leben in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen; für das ehrenamtliche Engagement insbesondere von Älteren muss eine professionelle Infrastruktur unterstützend zu Verfügung stehen.

Im Unterschied zu anderen Parteien stehen wir für eine Verkehrspolitik, die den Umstieg vom Auto auf andere Verkehrsträger konsequent fördert, ohne ihn aber erzwingen zu wollen. Die Potenziale von alternativen Verkehrsträgern und integrierten Verkehrskonzepten aus Auto, Fahrrad, ÖPNV und Car-Sharing sind allerdings noch längst nicht ausgenutzt. Gerade im ländlichen und suburbanen Raum werden auch in Zukunft viele Menschen auf das eigene Auto angewiesen sein. Wir stehen deshalb für einen bedarfsgerechten Ausbau des Straßen- und Schienennetzes und werden nicht zulassen, dass die Mobilität der Menschen in kleinen Orten in Zeiten knapper Kassen zum finanzpolitischen Steinbruch gemacht wird.

Voraussetzung für lebenswerte Städte und Gemeinden ist eine intakte Umwelt. Wir unterstützen deshalb den Natur- und Landschaftsschutz und Maßnahmen, die den Flächenverbrauch regulieren.

Wir wollen den Erhalt einer bäuerlichen, der Nachhaltigkeit verpflichteten Landwirtschaft. Sie versorgt uns mit gesunden Lebensmitteln in der Region und erfüllt eine nicht zu unterschätzende landespflegerische Aufgabe. Wir setzen uns darüber hinaus für einen starken Verbraucherschutz und effektive Lebensmittelkontrollen ein.

Wir stehen in den Kommunen für eine Politik, die allen Kindern und Jugendlichen ein selbstbestimmtes Leben in der solidarischen Gesellschaft mit Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder sozialen und kulturellen Herkunft mit und ohne Behinderung ermöglicht und sie für die aktive Mitgestaltung vor Ort zu gewinnen versucht. Dazu gehört die politische Beteiligung in Kinder- und Jugendparlamenten vor Ort und die Absenkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre.

Wir wollen Kommunen, die Kultur, Sport und ehrenamtliches Engagement als zentrale Elemente des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Teilhabe und der Integration/Inklusion fördern und die ehrenamtlich Aktiven als wichtige Partner bei der politischen Gestaltung

würdigen und einbeziehen. Wir wollen Kommunen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch soziale Einrichtungen fördern und die Träger der freien Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe wie die ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Netze der Selbst- und gegenseitigen Hilfe unterstützen.

Unser Ziel sind Kommunen, die aktiv an der Gleichstellung der Geschlechter arbeiten.

Wir wollen Städte und Gemeinden, in denen für die wachsende Zahl der aktiven und „junggebliebenen“ Senioren attraktive Wohn-, Freizeit-, Bildungs- und Sportangebote vorgehalten werden, in denen kein älterer Mensch von Mobilität oder kulturellem Angebot aufgrund seines Einkommens oder einer Behinderung ausgeschlossen wird. Im Lichte des demografischen Wandels wollen wir in den kommenden Jahren besonders den altersgerechten Umbau von Wohnungen unterstützen.

Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker verstehen sich als verlässliche Partner für Handwerk, Mittelstand und die Unternehmen vor Ort. Wir unterstützen und fördern die wirtschaftlichen Netzwerke, die sich in Hessen herausgebildet haben. Auf Landes- wie auf kommunaler Ebene setzen wir uns für eine Vergabepaxis ein, die Unternehmen mit tariflicher Bezahlung und das Handwerk und den Mittelstand vor Ort fördert. Sparkassen und Volksbanken sind als Dienstleister für die Menschen und als wichtige Kreditgeber der lokalen Wirtschaft vor Ort unerlässlich.

Unsere Beschäftigungspolitik hat das Ziel, niemanden zurückzulassen und jedem das Recht auf einen Arbeitsplatz zuzuerkennen. Deshalb wollen wir – neben zahlreichen anderen Beschäftigungsprojekten – geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse insbesondere im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich sowie in lokaler Verantwortung („Job-Lokal“) schaffen, die das gegenwärtige Ausufernde der Ein-Euro-Jobs eindämmen und die existenzsichernd bezahlt werden. Bei der Umsetzung vor Ort kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu.

Untrennbar verbunden mit handlungsfähigen Kommunen und einem starken Gemeinwesen sind für uns mündige Bürgerinnen und Bürger. Die unmittelbare und aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen ist für uns ein unverzichtbares Ziel und Mittel von Politik. Wir wollen deshalb die direkten Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommune und der Partei verbessern, Hürden abbauen und neue Formen der Mitwirkung und Mitentscheidung etablieren. Dazu gehören für uns die Absenkung von zu hohen Mindestquoten bei Bürgerentscheiden, die Stärkung von Vertretungsorganen beispielsweise für Kinder und Jugendliche. Wir wollen außerdem neue basisdemokratische Beteiligungsformen wie den Bürgerhaushalt in verschiedenen Varianten erproben und in den hessischen Kommunen dauerhaft verankern. Wir stehen aber in der Pflicht, über beratende Vertretungsorgane hinaus alle gesellschaftlichen Gruppen wie Senioren und Menschen mit Behinderung über aussichtsreiche Kandidaturen auf Listen in die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse einzubinden.

V. Entschieden für Bildung und Familie

Die Förderung von Bildung und Familie sind Schlüssel zu Selbstentfaltung und individueller Freiheit und gleichzeitig existenzielle Zukunftsfragen für unsere Gesellschaft.

Nur wenn es uns gelingt, die verbliebenen Hürden für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den kommenden Jahren abzubauen und unser Bildungssystem auf die Anforderungen der Zukunft einzustellen, können wir unser Wohlstandsniveau verteidigen und Vollbeschäftigung erreichen. Dazu gehört es auch, ältere Beschäftigte durch beständige Fort- und Weiterqualifizierung für den Arbeitsmarkt fit zu halten.

Gelingt es uns hingegen nicht, mehr Menschen in Ausbildung und Studium zu bringen, Frauen und Ältere besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und alle Berufstätigen lebensbegleitend weiter zu qualifizieren, drohen uns Wohlstandsverluste durch Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit von Menschen mit niedriger oder nicht nachgefragter Qualifikation.

Für CDU und FDP sind dies allenfalls Lippenbekenntnisse. Schwarz-gelb hat das Elterngeld wieder gekürzt und mittels „Betreuungsgeld“ Kinder aus bildungsfernen Schichten von frühkindlicher Bildung bzw. Mütter vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Die Umsetzung des nationalen Bildungsgipfels von 2009 ist in weite Ferne gerückt. Auch die soziale Auslese des bestehenden Schulsystems wird in Hessen nicht angegangen. Vermeintlich leistungsschwache Kinder aus bildungsfernen oder prekären Verhältnissen werden in unseren Schulen weiter aussortiert statt gefördert. Jahr für Jahr werden dadurch Lebenschancen gemindert und Potenziale für unsere Gesellschaft verschenkt.

Durch den schwarzgelben Stillstand in Bund und Land kommt den Kommunen umso mehr eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Bildung und Familie zu:

Vor Ort wird entschieden, ob es ausreichende und zeitlich flexible Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Berufstätigen gibt. Vor Ort wird über die Qualität frühkindlicher Bildung und der frühen Förderung von Sport, Spiel und Bewegung entschieden. Vor Ort wird entschieden, ob Schulstandorte zu Ganztagschulen mit attraktiven Nachmittagsangeboten, Schulsozialarbeit, Hausaufgabenhilfe und integrierten Angeboten von Vereinen im Sinne des SPD-Konzeptes „Haus der Bildung“ ausgebaut werden. Vor Ort wird entschieden, ob Kitas, Schulen, Jugendhilfe und Sozialarbeit in vernetzten Betreuungskonzepten zusammenarbeiten. Vor Ort wird entschieden, wie barrierefrei und behindertenfreundlich Schulen und andere öffentliche Einrichtungen wirklich sind. Vor Ort wird entschieden, ob auch Schülern aus armen Familien die Beförderungskosten zur Oberstufe bezahlt werden, obwohl die eigentlich dafür zuständige Landesregierung sich verweigert, und ob ein kostenloser Mittagstisch für alle Kinder angeboten wird.

Zu einer familienfreundlichen Politik gehören für uns – getreu dem Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“ auch der Erhalt wohnortnaher Grundschulen.

Unser Ziel ist das „Haus der Bildung“: Sozialdemokratische Schulträger werden sich für den Ausbau echter Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagstisch verbunden mit einem pädagogischen Betreuungsangebot, Sport, kulturellem Lernen und Nachhilfeangeboten, für längeres gemeinsames Lernen unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention und für einen Ausbau der Schulsozialarbeit einsetzen.

Wir wollen unsere Schulen als zentralen Ort von Bildung und sozialer Integration ausbauen und als Schule im Gemeinwesen zur Schnittstelle zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen von der Wirtschaft über den Sportverein bis zur Theatergruppe aufwerten. Wir werden die integrative Wirkung der Schulen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, Menschen mit und ohne Behinderung, zwischen Eltern, Lehrern und Kindern

stärken. Wir wollen dabei die Entwicklung der Schule zum selbstständigen Kooperationspartner, zum kommunalen Begegnungszentrum und zum Impulsgeber kommunaler Initiativen für Bildung und Kultur befördern. Wir wollen mehr Autonomie und Eigenverantwortung von Schulen auf Basis von Zielvereinbarungen mit dem Land und dem Schulträger. Deshalb fordern wir regionale Bildungsbüros, die strukturübergreifend die verschiedenen Angebote zueinander führen. Sie müssen verknüpfen, abstimmen und vermitteln zwischen den Fachplanern der Schul- und Jugendabteilung und dem Gesundheitsamt unter Einbezug von Sportvereinsleitern, Arbeits- und Sozialamt sowie Ausländeramt. Kurze Wege, schnelle Schritte und offener Austausch zur zielorientierten Handlungsweise der Probleme vor Ort lassen sich nur so finden. Wichtig dabei ist, dass die regionalen Bildungsbüros keine ordnungsrechtlichen Funktionen haben, weder Dienstherr sind, noch einer Aufsicht unterliegen. Sie sollten Bildungskonferenzen zwischen den Kommunalpolitikern organisieren, Elternverbände und lokale Wirtschaftsträger mit einbeziehen.

Die lebensbegleitende Qualifizierung und die weitere Fortentwicklung des Wissens und der Fertigkeiten wird immer wichtiger. Die steigende Komplexität der Berufe und die sinkende „Halbwertszeit“ von Qualifikationen, auch der sich abzeichnende Fachkräftemangel machen dies notwendig.

Lebensbegleitendes Lernen wird damit auch zu einem Thema der Kommunalpolitik. Lebensbegleitende Fort-, Um- und Weiterbildung muss im Bewusstsein der Menschen und in der beruflichen Praxis verankert und kommunalpolitisch mit den Zentren der Wissensentwicklung und -vermittlung verkoppelt werden. Die Universitäten, die Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen, die Schulen und Bildungseinrichtungen, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer sowie die unternehmerischen Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsinstitute können hier gemeinsam zu Zentren des lebensbegleitenden Lernens vernetzt werden. Dazu bedarf es einer Öffnung der Institutionen, neuer Curricula, neuer Ressourcen.

VI. Mehr Zusammenhalt und mehr Gerechtigkeit durch erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten

Hessen war und ist ein Einwanderungsland in der Mitte Deutschlands und Europas. Von den sechs Millionen Einwohnern unseres Landes haben ca. 1,4 Millionen einen Migrationshintergrund. Ohne die vielfach gut integrierten Migrantinnen und Migranten wäre Hessens Bedeutung für Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Soziales undenkbar. Es gibt viele Beispiele gelungener Integration. Aber es gibt auch Defizite. Es gilt, Beides in den Blick zu nehmen, um noch besser zu werden.

Eine aktive Förderung der Integration der hier lebenden Ausländer und ihrer Kinder ist jahrzehntelang verschlafen worden. Viel zu lange wurden Zuwanderer als „Gäste“ und reine Arbeitskräfte behandelt. Viele von ihnen haben sich infolgedessen selbst nicht als Bestandteil unserer Gesellschaft verstanden, obwohl sie längst mit ihren Familien in Deutschland verwurzelt waren und die „Heimat“ nur noch aus dem Urlaub kannten. Erst die rotgrüne Bundesregierung hat im vergangenen Jahrzehnt – gegen den massiven Widerstand der CDU/CSU – die Grundlagen für ein modernes Ausländer- und Einbürgerungsrecht gelegt und für flächendeckende Sprach- und Integrationskurse gesorgt. In Hessen hat die CDU-geführte Landesregierung mit ihren unsäglichen Kampagnen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft

und gegen jugendliche Migranten Feindseligkeit und Vorurteile geschürt. Mit der „Operation sichere Zukunft“ wurde weiten Teilen der Gesellschaft und damit auch den Migrantinnen und Migranten ein wichtiger Teil der sozialen und institutionellen Basis für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration entzogen.

Jahrzehntelange Fehler und Versäumnisse haben ihre Spuren in der Gesellschaft hinterlassen und für Probleme gesorgt, die wir nun umso entschiedener angehen müssen.

Gelungene Integration zeichnet sich dadurch aus, dass alle Menschen – unabhängig von Herkunft, sozialem Status und kulturellem Hintergrund – aktiv und gleichberechtigt am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können, sich also als Bürgerinnen und Bürger verstehen und auch so behandelt werden. Integration bedeutet nicht das gesichts- und unterschiedslose Aufgehen in einer Mehrheitsgesellschaft durch vollständige Anpassung. Integration setzt Respekt vor der unterschiedlichen Identität voraus. Es besteht eine Bringschuld der Gesellschaft, den Migranten Chancen einzuräumen und Diskriminierung und bestehende Benachteiligungen abzubauen. Gerade die Chancengleichheit im Bildungssystem und der gleiche Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt sind die Grundvoraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Umgekehrt besteht eine Holschuld von Einwanderern, Chancen zur Integration wahrzunehmen, die Sprache zu erlernen und den eigenen Kindern bei der Eingliederung in die Gesellschaft keine Steine in den Weg zu legen. Beides sind zwei Seiten derselben Medaille. Beides lässt sich nicht allein durch Gesetze erzwingen, sondern setzt geduldige Überzeugungsarbeit voraus.

Bildung ist langfristig das wichtigste Schlüsselement zu gelungener Integration. Viele Gastarbeiter der 1950er bis 1970er Jahre wurden gezielt als Ungelernte aus bildungsfernen Schichten und rückständigen Gebieten ihrer Heimatländer angeworben. Ihre Kinder trafen in Deutschland auf ein gegliedertes Schulsystem, das zu den sozial selektivsten aller Industrieländer gehört und das Kinder aus benachteiligten Schichten aussortiert, statt sie zu fördern. Hinzu kommen tagtäglich erfahrbare Diskriminierungen ausländischer Jugendlicher bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche. Wer über den mangelnden Bildungserfolg und Desintegration von Kindern aus bestimmten Migrantengruppen schwadroniert, darf deshalb über die Chancenungleichheit in unserem Bildungssystem nicht schweigen. Umgekehrt zeigt sich: Ausländische SchülerInnen aus gebildeten Milieus sind teilweise sogar erfolgreicher als deutsche Vergleichsgruppen. Je größer der Bildungserfolg, desto besser sind ausländische Jugendliche integriert, desto weniger anfällig sind sie für Gewalt, Kriminalität oder religiösen Fanatismus. Veränderungen in unserem Bildungssystem sind deshalb ein wichtiger Schlüssel für mehr Integration.

Besonders die Kommunen können viel für chancengleiche Bildung, Integration und das gute Zusammenleben vor Ort tun - vielerorts unter sozialdemokratischer Führung.

Wir werden die interkulturelle Kompetenz der Fachkräfte in den Bildungseinrichtungen ausbauen. Sie ist eine weitere Voraussetzung für den pädagogischen Erfolg bei den Kindern. Gerade Lehrkräfte und Erzieherinnen mit Migrationshintergrund und den entsprechenden Erfahrungen sind als Mittler zwischen den Kulturen und als Vorbilder unverzichtbar.

Zentrale Aufgabe unserer Bildungs- und Integrationspolitik ist die gezielte Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem erfolgreichen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Das betrifft auch die abschlussorientierte

Nachqualifizierung so genannter Altfälle und von jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsabschluss.

Wir wollen Familienzentren zu Integrationszentren in den Stadtteilen weiterentwickeln, in denen Kinder insbesondere beim vorschulischen Erlernen der deutschen Sprache gefördert, Eltern beraten und durch Bildung für Familien begleitet werden. Die klassische Beratung soll in Zukunft flexibler werden und verstärkt dezentral und aufsuchend arbeiten.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Verantwortung für andere zu übernehmen stärkt das Selbstwertgefühl, verschafft Respekt und fördert so Integration. Auch vor dem Hintergrund des sich zunehmend abzeichnenden demografischen Wandels ist es notwendig, dass wir auch die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund zu bürgerschaftlichem Engagement motivieren und ihre Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens erleichtern. Neben das schon seit langem selbstverständliche Engagement in Migrantenorganisationen sollte zunehmend die Zusammenarbeit von In- und Ausländern in den klassischen Bereichen des freiwilligen Engagements – wie freiwillige Feuerwehren, Vereine, Bürgerinitiativen, Umweltschutz, Tierschutz – treten. Zahlreiche Sportprojekte zeigen, dass die Bedeutung des Vereinssports insbesondere für die Integration von Kindern und Jugendlichen und für die Prävention von sozialer Desintegration und Kriminalität gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es bedarf deshalb weiterer Anstrengungen, um die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für Sport als Freizeitgestaltung und im Verein zu begeistern. Hier kommt den Integrationszentren im Wohnquartier eine wichtige Aufgabe zu. Sie können Vernetzungen zwischen den örtlichen Sportvereinen und ihrem Nachwuchs mit Migrationshintergrund herstellen.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen scheint die zunehmende kulturelle Pluralisierung noch nicht angekommen zu sein. Eine deutliche Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst ist deshalb geboten – auch um die interkulturelle Kompetenz zu stärken. Sozialdemokratische Integrationspolitik zielt darauf ab, jedem die gleichen Zugangsmöglichkeiten in Staat, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft zu eröffnen.

In manchen Familien von Zuwanderern herrschen noch patriarchale, autoritäre Familienstrukturen, die keinen Platz in einer freiheitlichen, pluralen und demokratisch verfassten Gesellschaft haben. Unter nicht erfüllbaren Rollenerwartungen leiden Mädchen wie Jungen. Wir werden insbesondere Mädchen und Frauen helfen, wenn sie in familiäre Konflikte und Zwangssituationen geraten. Jugendliche Migrantinnen und Migranten dürfen nicht gezwungen werden, im Familienverband zu bleiben oder zu heiraten. Für Migrantinnen, die ihre Rolle als Hausfrau und Mutter wahrnehmen, ist die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen wichtig. Dies gilt aber auch für die Männer. Sie eröffnen ihnen eine verbesserte Integration und nicht zuletzt das bessere Verständnis ihrer erzieherischen Verantwortung für die schulische Karriere und die Berufsperspektive ihrer Kinder.

Wir werden die Debatte um die Rolle und Verankerung des Islam in unserer Gesellschaft versachlichen. Wir treten für die Gleichbehandlung aller Religionen sowie die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates ein. Hessische Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens haben ein Anrecht auf einen islamischen Religionsunterricht und auf Anerkennung ihrer religiösen Gemeinschaften als Partner in Staat und Gesellschaft.

Wir treten ein für Religionsunterricht für muslimische Schüler in deutscher Sprache und in Deutschland ausgebildete Religionslehrer und Imame, die die Sprache, Werte, Normen, Gesetze

und Gebräuche unserer Gesellschaft anerkennen und ihren Gemeinden entsprechende Orientierung bei der Integration geben. Wir erwarten von Muslimen, dass sie sich von fundamentalistischen Positionen distanzieren.

Von besonderer Bedeutung für die Integration von Minderheiten ist die politische Beteiligung. Deshalb müssen als erste Schritte die Ausländerbeiräte gestärkt und das kommunale Wahlrecht für alle länger in Hessen lebenden Ausländer eingeführt werden. Langfristig wollen wir die hier lebenden Ausländer ermuntern, die deutsche Staatsangehörigkeit – ggf. auch als doppelte Staatsbürgerschaft – anzunehmen.

VII. Neue Energie für Hessens Kommunen

Die Wende zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft stellt für uns Sozialdemokraten eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Die Endlichkeit und die stetige Verteuerung von Öl und Gas, der Klimawandel und die unkontrollierbaren Risiken der Atomkraft machen das Umsteuern hin zu erneuerbaren Energien zu einer globalen Zukunftsfrage. Die SPD in Hessen setzt sich ein für den Ausbau der Erneuerbaren Energien hin zu einem intelligenten, dezentralen Versorgungsnetz mit heimischer Energieerzeugung in örtlicher Trägerschaft. Wir sind der Überzeugung, dass sich mittelfristig der Energiebedarf Hessens vollständig durch erneuerbarer Energien decken lässt, wenn der Umbau konsequent vorangetrieben und die großen Potenziale zur Energieeinsparung konsequent genutzt werden.

Unsere grünen Mitbewerber betrachten die Energiewende oftmals überwiegend unter ökologischen Aspekten. CDU und FDP betreiben, von Lippenbekenntnissen abgesehen, derzeit das Ausbremsen der Erneuerbaren durch ihre Klientelpolitik für das Kartell der vier großen Atomkonzerne. Für die SPD ist der Ausbau Erneuerbarer Energien in Hessen dagegen nicht nur eine globale umweltpolitische Notwendigkeit, sondern auch und zuzuförderst eine historische wirtschaftspolitische Chance und Notwendigkeit für unser Bundesland: Jedes Jahr wird derzeit Energie im Wert von vielen Milliarden Euro nach Hessen importiert, ein großer Teil aus Ländern mit politisch instabiler Lage oder mit fragwürdigen politischen Systemen. In naher Zukunft werden die Preise der fossil-atomaren Energieträger die der erneuerbaren übersteigen – wer aber dann erst anfängt, seine Energieversorgung umzubauen, der hat viel Zeit und Chancen für die Ansiedlung neuer Branchen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung verloren.

Der Umbau der Energieversorgung hin zu dezentralen und erneuerbaren Energien, wie die SPD in Hessen ihn anstrebt, wird dazu führen, dass ein immer größerer Teil der Wertschöpfung im Land, in der Region, im Kreis und in der Kommune bleibt

Durch die Förderung der Erneuerbaren Energien und von mehr Energieeffizienz sind in den vergangenen zehn Jahren bereits Zehntausende neue Arbeitsplätze in Mittelstand, Handwerk, Forschung und Entwicklung entstanden. Die SPD tritt in den Städten und Gemeinden Hessens an, um die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien fortzuschreiben und die Chancen für ein nachhaltigeres Wirtschaften sowie für neue Arbeitsplätze in Mittelstand, Handwerk und den neuen Technologien zu realisieren.

Für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Handwerk und Mittelstand vor Ort und für die Kommunen eröffnet der Wandel auch in den kommenden Jahren vielfältige neue Chancen:

- Erneuerbare Energien und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz generieren Aufträge in Handwerk und mittelständischen Unternehmen und helfen dabei, die Vorreiterrolle der deutschen Wirtschaft auf diesem Zukunftsfeld auszubauen.
- Anlagen der erneuerbaren Energien spülen in doppelter Hinsicht Geld in die klammen kommunalen Kassen. Zum einen durch Erträge, wenn sich die Anlage in kommunalem Besitz befindet, und zum anderen durch nicht unerhebliche Gewerbesteueranteile. Die regionale Wertschöpfung wird auf diese Weise gestärkt.
- Erneuerbare Energien und energieeffiziente Maßnahmen machen Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen unabhängig von steigenden Rohstoffpreisen und führen kurz- bzw. mittelfristig zu Kosteneinsparungen gegenüber den fossilen und nuklearen Energiequellen.

Die Kommunalwahl 2011 ist ein wichtiger Meilenstein für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in unserem Bundesland. Anders als Kohle- und Atomstrom werden erneuerbare Energien dezentral erzeugt und benötigen keine Großkonzerne, sondern eine kreative und vorausschauende Politik vor Ort. Auf kommunaler Ebene existieren vielfältige Möglichkeiten, den Einsatz erneuerbarer Energien und den Ausbau der Energieeffizienz zu ermöglichen und zu fördern. Durch politische Vorgaben kann eine Kommune/ein Landkreis den Ausbau erneuerbarer Energien behindern oder beschleunigen.

Wir wollen deshalb, dass die Kommunen in Hessen eine Vorbildrolle bei der notwendigen Energiewende übernehmen. Wir wollen bestehende politische Blockaden aufheben und den Ausbau beschleunigen und Strategien als auch Konzepte für die CO₂-freie Kommune der Zukunft entwickeln. Dabei sehen wir die kommunalen Stadtwerke als wichtige Partner.

Wir wollen uns deshalb in unseren Städten und Gemeinden insbesondere einsetzen, dass

- die Kommunen bereits bei ihrer Stadt- und Bauplanung in Zukunft die möglichst optimale Nutzung erneuerbarer Energien berücksichtigen,
- die energetische Gebäudesanierung unterstützt und gefördert wird,
- der Ausbau eigener Anlagen und von Beteiligung an Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien forciert wird,
- wo möglich, der Rückkauf der Stromnetze durch die Kommunen geprüft wird, um so wieder einen größeren politischen Einfluss auf die kommunale Energiepolitik gewinnen zu können und den Anteil erneuerbarer Energien darüber noch auszuweiten. Ein direkter Netzzugang erleichtert die Einspeisung dezentral produzierten Stroms aus erneuerbaren Energien. Durch das nahezu zeitgleiche Auslaufen der Konzessionen in vielen Städten und Gemeinden bietet sich nun vielerorts die historisch einmalige Gelegenheit, durch interkommunale Zusammenarbeit ein regionales Versorgungswerk zu gründen;
- die kommunalen Stromnetze zu einem intelligenten Netz („Smart Grid“) umgebaut werden, welches die Aufnahme und Verteilung erneuerbarer Energien erleichtert und den Haushalten und Unternehmen über automatische Regler und intelligente Zähler („Energiebutler“) ermöglicht, Schwankungen bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien für besonders billige Stromaufnahme zu Spitzenerzeugungszeiten auszunutzen,
- in Hessen Modellprojekte der Elektromobilität in Verbindung mit Strom aus Erneuerbaren Energien verwirklicht werden. E-Autos können „smart grids“ als temporäre Energie-Zwischenspeicher unterstützen und somit einen wichtigen Beitrag für das Management für erneuerbare Energien leisten;
- die Erzeugung erneuerbarer Energien im Bereich der Wasser- und Abfallwirtschaft gefördert wird. Viele Chancen einer intelligenten Kopplung von Wasserwirtschaft,

Abfallbeseitigung und der Nutzung erneuerbarer Energien sind unausgeschöpft, etwa die Nutzung der Wasserläufe in den Kanalisationssystemen zur Stromerzeugung, die energetische Nutzung der Klärgase und Klärschlämme und anderer organischer Abfälle zur Strom- und Wärmeerzeugung;

- die Einführung erneuerbarer Energien durch innovative Finanzierungs- und Bürgerbeteiligungsmodelle beschleunigt wird,
- die Energiegewinnung aus Biomasse gefördert wird;
- Windkraft auf geeigneten Flächen weiterentwickelt wird. Leider rangiert Hessen bei den Flächenländern infolge der Verhinderungspolitik von CDU und FDP in Bezug auf die Windkraft noch immer als Schlusslicht. Das wollen wir ändern. Bei der Errichtung von Windkraftanlagen sollten kommunale Betreiber wie Stadtwerke oder Bürgerwindparks Vorrang genießen. Die Akzeptanz von Windkraft steigt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger an solchen Projekten beteiligen können;
- die allgemeine Bildung sowie die berufliche Ausbildung und Weiterqualifizierung im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz vom Landkreis und den Kommunen gezielt gefördert werden;
- lokale Energieagenturen gegründet werden, die Beratungsleistungen für Bürger, Unternehmen und Politik erbringen und die Erhebungen sowie Potenzialberechnungen in der Kommune durchführen,
- der Einsatz der begrenzten finanziellen Ressourcen hinsichtlich der Menge der eingesparten CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern optimiert wird.

Schuldenbremse darf keine Hessenbremse werden.

1. Die SPD bekennt sich zu einem handlungsfähigen sozialen, solidarischen und demokratischen Staat, der die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft, in der Reiche immer reicher und Arme, Mittelstand und öffentliche Haushalte immer ärmer werden, überwindet. Dafür brauchen wir ein gerechtes Steuersystem,
 - in dem starke Schultern mehr tragen als Schwache,
 - das Zukunftsinvestitionen in gute Bildung, Forschung und Infrastruktur ermöglicht,
 - das sozialen Ausgleich und Teilhabe gewährleistet und
 - das in solidarischen Sozialsystemen Generationengerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität sichert.

2. Der Staat hat in modernen Volkswirtschaften eine eigenständige Rolle zur Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung. Mit Investitionen in Bildung und Infrastruktur trägt er zum Wachstum bei. In der modernen Bürgergesellschaft stellt er zentrale Dienstleistungen zur Verfügung. Er trägt auch konjunkturpolitisch Verantwortung. Er muss handeln, um Wirtschaftskrisen abzuschwächen bzw. überwinden zu können. In diesem Zusammenhang ist Verschuldung nicht nur akzeptabel, sondern volkswirtschaftlich geboten.

Dauerhafte Verschuldung ist keine Problemlösung. Im Gegenteil stellt dauerhafte Verschuldung eine Form der Umverteilungspolitik dar, bei der Banken, private Vorsorgeinstitute und Inhaber von Staatsanleihen die Zinsen erhalten, die der Steuerzahler zur Aufrechterhaltung des Gemeinwohls zahlt.

Langfristig ausgeglichene Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sind eine Voraussetzung, um die mittel- und langfristige Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten.

3. Die SPD Hessen sieht durch die Einführung der Schuldenbremse auf Bundesebene in Verbindung mit einer unsozialen Verteilungs- und Steuersenkungspolitik die Handlungsfähigkeit der Länder gefährdet. Denjenigen, die eine Schuldenbremse zur Legitimation für
 - Sozial- und Bildungsabbau,
 - für Privatisierungen und Entdemokratisierung,
 - für Lohndumping im öffentlichen Dienst,
 - für eine Senkung der Staatsquote und Verantwortungslosigkeit der Politik

missbrauchen, treten wir auf allen politischen Ebenen entschieden entgegen.

4. Die mittel- und langfristige Handlungsfähigkeit kann nur durch die Herstellung einer Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben erreicht werden. Dieser

Aufgabe haben sich jahrzehntelang Politik und Wirtschaft entzogen. Dieser Herausforderung stellen wir uns und benennen auch erste Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles: Wir fordern die Erhöhung des Spitzensteuersatzes zur Herstellung von Leistungsgerechtigkeit im Steuersystem, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

5. Der Versuch der schwarz/gelben Landesregierung, mit der Schuldenbremse ihre Ideologie in der Verfassung zu verankern, ist gescheitert. Hätten CDU und FDP sich durchgesetzt, dann hätte diese Politik sich in einer Volksabstimmung durchsetzen können. Mit dem Vorschlag für eine Neuformulierung der Landesverfassung ist eine verfassungsmäßige Begründung zum Bildungs- und Sozialabbau entfallen. Die Einnahmeverantwortung von Landtag und Landesregierung wurden festgeschrieben.
6. Die SPD Hessen begrüßt das Verhandlungsergebnis der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, das
 - a. verhindert hat, dass über das Trojanische Pferd Schuldenbremse marktradikale Staatsvorstellungen in Hessen Verfassungsrang erhalten,
 - b. bisher einmalig eine Einnahmeverantwortung sowohl für den Landtag als auch für die Landesregierung in der Verfassung verankert,
 - c. die Finanzierungsverpflichtungen des Landes gegenüber den Kommunen sichert.

Antrag InA 1

Antragsteller: Jusos Hessen

FDP und CDU müssen sich für unverschämten Angriff auf DGB entschuldigen

1. Wir weisen den unsachlichen Angriff des FDP-Fraktionsvorsitzenden Florian Rentsch und des CDU-Fraktionsvorsitzenden Christean Wagner auf den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aufs Schärfste zurück. Wir erwarten, dass FDP und CDU sich wie alle demokratischen Parteien zu Gewerkschaften als elementarem Bestandteil des deutschen Rechts- und Sozialstaates bekennen.
2. Wir unterstützen die Forderung des DGB, die Einnahmehasis des Sozialstaates durch eine sozial gerechte Steuerpolitik zu sichern und auszubauen. Einen Nachwächterstaat, den sich nur Starke leisten können, wird es mit uns nicht geben.
3. Wie für den DGB sind auch für uns Sozial- und Bildungsabbau ungeeignete Wege zur Haushaltskonsolidierung. Zur Verantwortung für die nächsten Generationen gehört es unseren Kindern und Enkeln eine funktionstüchtige soziale Infrastruktur zu hinterlassen. Wir dürfen den Sozialstaat nicht kaputt sparen. Deshalb werden wir Sozialdemokraten entschieden gegen Kürzungen im Sozialbereich und im Bildungsbereich kämpfen.
4. Wir kämpfen gemeinsam mit den Gewerkschaften für gute Arbeit, gesetzliche Mindestlöhne und eine gerechte Lastenverteilung in unserer Gesellschaft. Lohndumping und Klientelpolitik mit Steuergeschenken an Reiche und Hoteliers sind mit uns nicht zu machen.

Warnhinweis: Rösler-Gesundheitsabbaureform gefährdet Ihre Gesundheit

Die hessische SPD lehnt die von der Regierung Merkel/Westerwelle eingeleitete Privatisierung des Gesundheitssystems und die daraus folgenden Verteuerungen und Leistungskürzungen als ungeeignet und sozial ungerecht ab:

Die hessische SPD lehnt die geplante Kopfpauschale als ungerechtes, bürokratisches Provisorium ab. Ungerecht, weil Kopfpauschale Umverteilung von unten nach oben und eine Umkehrung des Solidarprinzips bedeutet. Je geringer das Einkommen, desto höher die anteilige Belastung. Der Sozialausgleich wird nur von den mittleren Einkommen bezahlt. Die damit verbundene enorme Umverteilungsbürokratie macht das System noch ungerechter.

Die hessische SPD lehnt die Aufkündigung der paritätischen Finanzierung ab. Dass die Arbeitnehmer alle weiteren Kostensteigerungen allein tragen, ist inakzeptabel. Die Arbeitgeber müssen weiterhin voll in der Mitverantwortung für das Gesundheitswesen stehen, weil Arbeit krank machen kann. Die steigenden Anforderungen an die Flexibilität der Beschäftigten müssen mit der sozialen Absicherung der damit einhergehenden Risiken verbunden sein.

Die hessische SPD lehnt eine Drei-Klassen-Medizin durch Vorkasse ab. Mit der Einführung der Vorkasseregelung wird das Gesundheitssystem zu einem Drei-Klassen-System umgebaut. In Zukunft droht, dass nur noch Privat- und Vorkassepatienten rechtzeitig Termine bekommen. Gleichzeitig gibt Vorkasse den Ärzten die Möglichkeit, überteuert abzurechnen – und die Patienten müssen zahlen.

Die hessische SPD lehnt die weitere Privatisierung und Entsolidarisierung der Krankenversicherung durch Stärkung der Privaten Krankenkassen ab. Die Private Krankenversicherung (PKV) ist trotz ihrer bevorzugten Stellung im Gesundheitswesen, die sich daraus ergibt, dass sie nur gut verdienende Gesunde versichert und so viel geringere Leistungsausgaben hat, massiv in der Krise. Jährliche Prämiensteigerungen von 20% zeigen die Untauglichkeit des Modells. Die gesetzlichen Kassen sind auf einen Solidarbeitrag der Besserverdienenden angewiesen.

Die hessische SPD lehnt die Schwächung der Versorgung und insbesondere die Gefährdung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ab. Statt zukunftsfähiger Konzepte wird mit der Einschränkung der von uns entwickelten Hausarztverträge durch Schwarz-Gelb die Aussicht auf gute Versorgung auf dem Land weiter verschlechtert und erschwert.

Die hessische SPD lehnt die Schwächung von Patientenschutz und fairen Preisen im Arzneimittelmarkt und massive Zugeständnisse an die Pharmalobby ab. Ärzte und Patienten können in Zukunft auf weniger unabhängige Informationen zur Wirksamkeit von Therapien zurückgreifen und Pharmaunternehmen können weiter zu überhöhten Preisen abrechnen. Zugleich werden mit der Einführung von Mehrkosten-Regelungen

der Patiententäuschung Tür und Tor geöffnet und mit der Ausweitung des Kartellrechts die Rabattverträge verhindert.

Die hessische SPD fordert die Bürgerversicherung

Schon 2003 hat die hessische SPD als erste ein funktionstüchtiges Modell der Bürgerversicherung vorgelegt. Denn wir wollen ein Gesundheitssystem, in dem Bürgerinnen und Bürger vorbehaltlos füreinander einstehen. Bürgerversicherung heißt: Alle von Allem den gleichen Anteil – für gute Versorgung für Alle. Alle sind darin versichert. Alle Einkommen werden herangezogen, nicht nur Lohn und Rente, sondern auch Selbstständigeneinkommen und Kapitalerträge. Wir wollen eine gleiche prozentuale Beteiligung Aller nach Leistungsfähigkeit ohne Beitragsbemessungsgrenze. Das ist gerecht, unbürokratisch und zukunftsfest. Nur so wird sichergestellt, dass der medizinische Fortschritt für alle verfügbar ist. Dahin wollen wir das von der Hessen-SPD 2003 entworfene und von der Bundespartei im Jahr 2004 erarbeitete, umfangreiche Konzept zur Bürgerversicherung weiterentwickeln.

Bürgerversicherung bedeutet für uns auch, dass alle notwendigen medizinischen und pflegerischen Leistungen in der Solidarität erbracht werden und für Jeden und Jede zur Verfügung stehen. Klare Regeln, eine angemessene Honorierung und von der großen Mehrheit getragene und eingeforderte ethische Verhaltensgrundsätze sind die Basis eines solidarischen und leistungsfähigen Gesundheitssystems. Eine gestärkte Selbstverwaltung muss die Interessen der Versicherten noch besser wahrnehmen.

Die Bürgerversicherung bedeutet für uns auch, das Sachleistungsprinzip beizubehalten, um zu verhindern, dass Menschen durch Krankheit finanziell überfordert oder ungleich behandelt werden. Vorkasseverfahren lehnen wir ab. Zugleich werden so faire Leistungspreise und damit bezahlbarer Beitragssätze gesichert, die Qualität der Versorgung erhöht und Verwaltungskosten gering gehalten.

Die hessische SPD fordert die Bürgerversicherung auch in der Pflege. Die Bürgerversicherung in der Pflege schafft durch die solidarisch verbreiterte Einnahmebasis die finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung besserer, bedarfsgerechterer Leistungen, die mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs einhergehen können. Eine kapitalgedeckte, verpflichtende, individuelle Pflegezusatzversicherung lehnen wir ab, da sie die solidarisch finanzierte Pflegeversicherung schwächt und langfristig im Pflegefall zu großer sozialer Ungleichbehandlung führt und nur den Renditeinteressen der Versicherungswirtschaft dient.

Zu einem guten Gesundheitswesen gehören auch gute Arbeitsplätze im Gesundheitswesen. Heute findet ein Großteil vor allem der Pflege zu Niedriglöhnen und in ständiger Überlastung statt. Deshalb hat die hessische SPD ein umfassendes Konzept für ein Krankenhausgesetz vorgelegt, mit der der Ökonomisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens entgegengewirkt und wieder der Mensch als Patient wie als Helfer in den Mittelpunkt gestellt wird. Insbesondere eine Stärkung des Arbeitnehmerschutzes und verbindliche, differenzierte Personalmindestzahlen für Krankenhäuser schaffen Sicherheit und gute Qualität in der Versorgung, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und erhöhen die Attraktivität des Arbeitsplatzes Pflege.

Weitere Anträge

Die weiteren Anträge zum Landesparteitag wurden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Landesvorstand und den Landesparteirat überwiesen. Der Landesvorstand wird hierzu bei seiner nächsten Sitzung ein Verfahren festlegen.